



EU-Taxonomie: EU-Kommission möchte neue Atom- und Gaskraftwerke als nachhaltige Investitionen einstufen lassen

Anfang November 2021 hatte in Glasgow die Weltklimakonferenz COP 26 getagt und in Berlin wurde keinen Monat später die neue Regierung vereidigt. Bereits davor war die Information vom letzten EU-Gipfel bekannt geworden, wonach die EU-Kommission das Nachhaltigkeitslabel vom April dieses Jahres, die sogenannte EU-Taxonomie, um Atom- und Erdgasenergie erweitern möchte. Im Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition findet sich dazu keine belastbare Aussage. Der Runde Tisch Erneuerbare Energien appelliert dringend an die Vertreter der neuen Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass sie dem Greenwashing von Atom und Erdgas nicht zustimmt.

Kein Greenwashing über die EU-Taxonomie – Ampel-Koalitionäre müssen Nein sagen

Eine Reihe von EU-Staaten möchten neue Atom- und Gaskraftwerke als nachhaltige Investitionen aufwerten lassen. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen kündigte beim letzten EU-Gipfel am 22. Oktober 2021 an, in Kürze einen Vorschlag für die EU-Taxonomie vorzulegen. [„Alongside this, we need a stable source, nuclear; and during the transition, of course, natural gas. This is why – as we have already stated as a Commission in April – we will come forward with our taxonomy proposal.“](#) Dieses Klassifizierungssystem soll das Rückgrat der Sustainable-Finance-Strategy werden, das regelt, welche wirtschaftlichen Aktivitäten und Finanzprojekte zukünftig als nachhaltige beworben und gefördert werden können.

Bereits im Sommer dieses Jahres gab es einen ersten schmutzigen Deal zur EU-Taxonomie. Frankreich hatte darauf gedrängt, Atomenergie als „kohlenstoffarme“ Technologie in diesen Nachhaltigkeitskatalog aufzunehmen, ungeachtet der Tatsache, dass sie gefährlich ist und gegen das Do-no-Harm-Prinzip der EU verstößt. Die damalige deutsche Bundesregierung wollte dem nur zustimmen, wenn fossile Erdgasprojekte, also etwa Gaskraftwerke, ebenfalls als „nachhaltig“ eingestuft würden. Als Konsequenz dieses Deals sollen nun beide in das Klassifizierungssystem aufgenommen werden.

Der Vorstoß ist eine Kampfansage der alten Energiemächte an die Adresse der regenerativen Industrien. Erdgas und Atomenergie würden den Erneuerbaren gleichgestellt. Sie wären in besonderem Maße förderfähig, anstatt als umweltschädliche Investitionen abgeblockt zu werden. Es wäre eine Weichenstellung, die dem Klimaschutz diametral entgegen laufen würde und eine Fortsetzung der Politik vieler Regierungen, welche die Durchsetzung der Energiewende bisher mit bürokratischen, politischen und finanziellen Mitteln verhindert haben.

Und er kommt zu einem heiklen Zeitpunkt. Bundeskanzlerin a. D. Merkel und ihre Partner gaben sich nach wie vor ignorant gegenüber den Klimaproblemen. Darin ist nicht einfach nur ein hoch explosives Abschiedsgeschenk der scheidenden Koalition an ihre Nachfolger zu sehen. In Sachen Klimapolitik ist es vielmehr auch die Nagelprobe auf die Standfestigkeit der Ampelkoalition. Erfüllt die neue Bundesregierung die in sie gesetzten klimapolitischen Hoffnungen? Macht sie tatsächlich Ernst mit einer Politik der Entfesselung der Erneuerbaren Energien oder akzeptiert sie die angezogenen Handbremsen der alten Energiewirtschaft?

Als Begleitmusik sind plötzlich, wie nicht anders zu erwarten, verschiedene Stimmen zu vernehmen, welche die Bedeutung der EU-Taxonomie herunter zu spielen versuchen. Die Kernenergie habe eh keine Chance mehr, die im Gespräch befindlichen Mini-Reaktoren (Small Modular Reactors SMR), existierten nur auf dem Zeichenbrett. Man bezweifle, ob sie jemals realisiert werden würden.

Dem Erdgas wird vor allem die wirtschaftliche Zukunft abgesprochen, es könne den immer kostengünstiger werdenden Erneuerbaren nicht standhalten. Auch die Industrie habe das inzwischen verstanden. Hat sie das wirklich? Bei dieser These wird allerdings übersehen, dass es für die Energiewirtschaft um mehr als wirtschaftliche Vorteile geht. Es geht um ihre Existenz und letztlich um ihre gesamte neoliberale Verfasstheit. Da dürfte Geld letztlich nicht die entscheidende Rolle spielen.

Auf eine Kampfansage kann man nicht reagieren, indem man den Angreifer als harmlos und unfähig hinstellt, als jemand, der gewissermaßen schon verloren habe. Man muss sich dem Angriff stellen, vor allem muss man Klarheit und Einigkeit in den eigenen Reihen herstellen. Alles andere ist irrtümlich und gefährlich. Der Runde Tisch der Erneuerbaren Energien fordert deshalb von der amtierenden Bundesregierung ein unmissverständliches Nein gegenüber den Plänen der EU-Kommission. Atomkraft und Erdgas dürfen nicht als nachhaltig aufgewertet werden. Beide müssen als Energieformen der Vergangenheit als klimaschädlich geächtet werden.

Pressekontakte:

- Stv. für den Runden Tisch Erneuerbare Energien:
Klaus Oberzig (*Aufsichtsrats- und Ratsmitglied im Bündnis Bürgerenergie e. V., DGS*),
klaus.oberzig@energiewende-2030.de.
- Allgemein:
über das Webseiten-Formular: <https://energiewende-2030.de/presse>.

Über den Runden Tisch EE:

Der Runde Tisch für Erneuerbare Energien (RT-EE) ist eine offene Runde mit Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen, die sich regional und bundesweit für 100% Erneuerbare Energien (EE) bis spätestens 2030 und eine dezentrale Energiewende einsetzen. Der RT-EE besteht heute aus über 25 Vereinen und NGOs und ist seit 2017 aktiv..